

# **Costa Rica: Das unvermeid- liche Ende eines Sonderfalls**

Luis Guillermo Solís Rivera

*Costa Rica verfügt seit 1948 über eine stabile Demokratie, die sich auf einen Pakt der wichtigsten politischen Parteien und einen umfassenden Wohlfahrtsstaat gründet. In Folge der neoliberalen Strukturreformen blieben einzelne Errungenschaften erhalten, aber Privatisierungen und wirtschaftliche Liberalisierung verschärfen die Armutssproblematik und soziale Polarisierung. So markieren die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 5. Februar 2006 den Beginn eines Übergangs, der nur dann erfolgreich gestaltet werden kann, wenn Eliten und politischen Parteien wieder verstärkt auf Dialog und soziale Konzertation setzen.*

## ***Herausforderungen jenseits kurzfristiger Wahlziele***

**U**nabhängig davon, ob die Ergebnisse der Wahlen am 5. Februar 2006 den Vorhersagen entsprechen oder nicht, muss sich die älteste Demokratie Zentralamerikas einer Reihe von Herausforderungen stellen, die eine entscheidende Rolle für die Bestimmung und Umsetzung eines neuen politischen Modells

---

**Luis Guillermo Solís Rivera:** Professor an der Universidad de Costa Rica. Davor wissenschaftlicher Mitarbeiter an US-Universitäten, als Kabinetschef im Außenministerium, Botschafter für zentralamerikanische Angelegenheiten sowie Generalsekretär der Partei *Partido Liberación Nacional*.

**Anmerkung:** Die Arbeit am vorliegenden Artikel wurde Mitte Januar 2006 und damit vor den Wahlen abgeschlossen.

spielen könnten. Es geht darum, den Wohlfahrtsstaat zu reformieren, der Costa Rica seit dem letzten Bürgerkrieg 1948 Stabilität und Wohlstand ermöglichte, ohne dabei dessen Errungenschaften mit über Bord zu werfen.

Paradoxerweise gibt es nur einen begrenzten Zusammenhang zwischen diesen Herausforderungen und den Kandidaten bzw. Parteien, die aus den Wahlen als Sieger hervorgehen werden. Und dies selbst dann, wenn der ehemalige Staatspräsident Oscar Arias die Präsidentschaftswahlen gewinnen sollte, ohne dass, wie bei den letzten Wahlen 2002, ein zweiter Urnengang erforderlich wird. Obgleich viele Beobachter die gegenwärtigen Herausforderungen Costa Ricas auf die Wiederherstellung einer führungsstarken Präsidentschaft und das Erlangen von klaren Mehrheitsverhältnissen im Parlament begrenzt sehen möchten, lässt sich die aktuelle Lage des Landes nicht auf eine derart verkürzte Perspektive reduzieren.

Jenseits kurzfristiger Wahlziele geht es mithin um das Wesen und die Richtung eines unvermeidbaren politischen Übergangs, der bereits in naher Zukunft die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Akteure zu weitreichenden Entscheidungen zwingen wird. Einschneidende Maßnahmen aber erzeugen immer Unsicherheit und in Einzelfällen gewaltsaufgeladenen Protest - auch in Costa Rica.

### ***Ein Rückblick in die Geschichte***

Costa Rica genoss noch bis vor kurzem den Ruf einer konsolidierten Demokratie. Im Gegensatz zu den anderen zentralamerikanischen Staaten gelang es diesem kleinen Land mit nur 50 000 Quadratkilometern Staatsgebiet und knapp vier Millionen Einwohnern über ein halbes Jahrhundert hinweg ein Entwicklungsmodell, in dem politische Demokratie und kapitalistische Wirtschaftsform nebeneinander existierten, aufrecht zu erhalten. Zugleich wurde eine soziale Stabilität erreicht, wie sie sonst nur in westlichen Demokratien mit hohem Einkommensniveau zu finden ist.

Das costaricanische «Wunder» stellte nahezu für ganz Lateinamerika einen Ausnahmefall dar. Dieses beruhte auf dem Zusammentreffen von vier zentralen Faktoren: a) der Entscheidung der nationalen Eliten nach der Niederlage der konservativsten Gruppen im Bürgerkrieg von 1948, das Mitte der 40er Jahre begründete System sozialer Sicherung zu erhalten und weiter auszubauen, insbesondere das der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stehende

Gesundheits- und Rentensystem; b) der Förderung eines ausgedehnten und starken staatlichen Sektors mit umfassenden ordnungspolitischen Kompetenzen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und des Finanzwesens. Mit einem fortschrittlichen keynesianischen Modell wurde so die Entwicklung einer Marktwirtschaft angestrebt, die sowohl auf traditionelle Exporte - Kaffee, Bananen, Zuckerrohr und Fleisch - als auch auf kleine und mittlere Agrarbetriebe setzte; c) die Erweiterung des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums, der sogenannten *clase media* (Mittelschicht), sowie ihre politische Kooperation in die Parteien der politischen Mitte durch sektorale, berufsständische und kommunale Organisationen, wodurch eine effektive Entwicklung gangbarer Alternativen an den Rändern des ideologischen Spektrums verhindert wurde; sowie d) ein festes Bündnis mit den USA während des Kalten Krieges, wobei dieses auf der Grundlage einer faktischen Entmilitarisierung beruhte - Costa Rica schuf 1948 die Streitkräfte ab - und es bei zentralen Themen (wie z.B. die Überwindung der Zentralamerikakrise der 80er Jahre) durchaus zu signifikanten Meinungsverschiedenheiten mit der US-Regierung kam.

### ***Tendenzen des Wandels***

Im Rahmen der neoliberalen Strukturreformen erfolgte seit den 80er Jahren eine schrittweise Abwendung von diesem im regionalen Kontext als «ideal» erachteten Modell. Die Auswirkungen der neoliberalen Politik wurden in Costa Rica nicht so unvermittelt und kurzfristig spürbar wie in den anderen Staaten Lateinamerikas. Dennoch muss festgehalten werden, dass nach 25 Jahren systematischer Anwendung neoliberaler Programme auch das costaricanische Modell praktisch zerstört ist. Auch wenn einzelne Grundelemente wie etwa das Sozialversicherungssystem, die Entmilitarisierung und die formelle Demokratie weiterhin bestehen bleiben, so sind doch die meisten zentralen Aspekte des costarikanischen Wohlfahrtsstaates inzwischen inexistent oder auf ein Minimum reduziert worden. Deutlich erkennbar ist dies bei weiten Teilen der ordnungspolitischen Kompetenzen des Staates und der Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen (einige davon wurden bzw. werden in Kürze privatisiert, wie etwa die Telekommunikationen und die Energieversorgung). Ebenso bei der Förderung kleiner und mittelständischer Gewerbe- und Agrarunternehmen, die ihrem Schicksal überlassen wurden, seitdem ein «offenes», auf

*Nach 25 Jahren  
systematischer  
Anwendung  
neoliberaler  
Programme ist  
auch das costa-  
ricanische Modell  
praktisch zerstört*

Exportförderung setzendes Produktionsmodell übernommen wurde, das den Investitionen transnationaler Konzerne Vorteile verschafft. Die bevorstehende Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den USA ist der beste Beleg für diese Entwicklung.

Die sozialen und politischen Folgen dieser Transformation sind dramatisch: Costa Rica wird von sozialer Polarisierung, einem beschleunigten Prozess sozialer Ausgrenzung sowie der Verschlechterung der Lebensqualität der Bevölkerungsmehrheit gekennzeichnet. Mehr als ein

***Mehr als ein  
Viertel der  
costaricanischen  
Bevölkerung lebt  
unterhalb der  
Armutsgrenze***

Viertel der costarikanischen Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze (und verfügt damit über weniger als zwei Dollar am Tag), und mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitet im informellen Sektor. 40% der Jugendlichen im schulpflichtigen Alter besuchen keinen Unterricht. Aktuelle Erhebungen belegen die Existenz von 63

Armenvierteln im Einzugsgebiet von San José, die nicht einmal über eine Versorgung mit grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen verfügen. Hinzu kommt, dass die Einwanderungsbewegung aus Nicaragua unvermindert anhält. Mittlerweile leben bereits 400 bis 600 000 Nicaraguaner in Costa Rica (und stellen damit mehr als 10% der Gesamtbevölkerung). Diese Einwanderer arbeiten zumeist unter illegalen Bedingungen in unsicheren Arbeitsverhältnissen und zahlen kaum in die Sozialversicherungskassen ein, die durch den hohen Grad an Korruption und Steuerhinterziehung bereits stark geschwächt sind: Für das Jahr 2006 rechnet das Finanzministerium damit, dass 70% der Einkommenssteuer hinterzogen wird.

***Wahlen und nationale Realität***

Am 5. Februar 2006 werden neben dem Präsidenten für die Amtsperiode 2006-2010 auch die 57 Abgeordneten der Nationalversammlung (Einkamersystem), sowie Gemeinderäte in den 81 Kantonen gewählt. Das wahlpolitische Szenario deutet auf einen struktur- und systemgerechten Übergang hin. Die Wahlen werden einen politischen Zyklus abschließen, der Ende der 1940er Jahre begonnen hat und dessen zukünftige Entwicklung unsicher ist. Vielmehr könnten sie sich - wie bereits in anderen Phasen der costarikanischen Geschichte - als Vorspiel zu sozialen Turbulenzen und politischer Instabilität erweisen, wie sie das Land seit Mitte des letzten Jahrhunderts nicht mehr erlebt hat.

Auch wenn man den pessimistischsten Prognosen (z.B. der Möglichkeit gewaltsamer Proteste und Aufstände wie in Argentinien, Bolivien und Ecuador) nicht glauben will, ist das Ausmaß der aktuellen Krise trotzdem groß. Daher ist es nur schwer vorstellbar, dass auf einschneidende Maßnahmen verzichtet werden kann. Diese Maßnahmen müssen allerdings demokratisch sein und auf einem neuen, pluralistischen und sozial integrativen Gesellschaftspakt beruhen, der die gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen und ihre unheilvollen Mechanismen der zunehmenden Konzentration von wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Macht überwindet. Dies ist jedoch gerade nicht das, was von den wichtigsten politischen Parteien und den am 5. Februar chancenreichen Präsidentschaftskandidaten vorgeschlagen wird. Sowohl für Oscar Arias von der Liberalen Partei (*Partido Liberación Nacional*, PLN) als auch für Ottón Solís von der *Partido Acción Ciudadana* (PAC) reduziert sich politisches Handeln weiterhin auf die Formel «*politics as usual*».

*Einschneidende  
Maßnahmen  
müssen auf einem  
pluralistischen  
und sozial  
integrativen  
Gesellschaftspakt  
beruhen*

Die derzeitige Situation in Costa Rica erlaubt keine politischen Kalküle nach überkommenen Mustern. Das traditionelle Zweiparteiensystem, das von der PLN und der christ-demokratischen *Partido Unidad Social Cristiana* (PUSC) gebildet wurde und über mehrere Jahrzehnte hinweg Stabilität bei zugleich hohen moralischen Kosten garantierte, ist in sich zusammengefallen. Obgleich die Legitimität des politischen Systems im Vergleich zu den übrigen Staaten Lateinamerikas weiterhin hoch ist, ist auch in Costa Rica seit mehr als zehn Jahren ein zunehmender Legitimitätsverlust erkennbar. Die Fokussierung der Wahrnehmung von Korruption und die – nicht zu Unrecht – von den konservativen Medien forcierte Diskreditierung der politischen Klasse bilden eine ausgesprochen ungünstige Ausgangslage für einen republikanischen Neubeginn. Und dies besonders unter den derzeitigen internationalen Rahmenbedingungen: Denn die Vereinigten Staaten verfolgen als der dominierende Akteur in der internationalen Politik ein hegemoniales Projekt, in dessen Rahmen der außenpolitische Handlungsspielraum Costa Ricas für den Aufbau diversifizierter Beziehungen zur übrigen Welt zunehmend eingeschränkt wird.

### ***Sozialpakt als Ausweg aus der Krise***

Die obigen Ausführungen verdeutlichen, dass es bei den Wahlen im Februar 2006 um mehr als eine staatsbürgerliche Übung geht. Unabhängig davon, ob

Arias zum Präsidenten gewählt wird oder nicht, geht es vor allem darum, ob die Staatsorgane in ihrer

neuer Besetzung das derzeitige Modell unter Ausschluss des gesellschaftlichen Dialogs weiterverfolgen. Berücksichtigt man die sich abzeichnenden Bündnisse, die zum vorherrschenden Machtfaktor werden könnten, erscheint dies wahrscheinlich. Folglich könnte es schon in Kürze zu Protesten auf den Straßen kommen. Die bevorstehende Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den USA wird eine Vielzahl der bereits beschriebenen Tendenzen sozialer Marginalisierung weiter verschärfen und damit zu einer verstärkten Polarisierung führen - und dies ohne dass eine politische Landkarte vorhanden wäre, die den Akteuren den Weg durch diese *terra incognita* zeigen würde.

Die PAC mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Ottón Solís ist die bedeutendste, diesem Modell kritisch gegenüberstehende politische Kraft. Zugleich handelt es sich aber um eine ideologisch vielschichtige Bewegung mit einer sozial heterogenen Basis, die sich zwar als Reformkraft definiert, bisher jedoch noch keine eindeutigen Alternativen zum Status quo vorweisen kann. Ihr Wahlsieg wäre mithin keine Garantie für mehr Stabilität. Jenseits aller Wahl rhetorik müsste die PAC unter den Bedingungen eines sich in der Krise befindenden Modells regieren, dessen Wandel ihre Öffnung für weitere gesellschaftliche Gruppen voraussetzt, für die es aber bisher keine Anzeichen gibt. Zum Beispiel könnte sie im Gefolge der Wahlen dadurch erschwert werden, dass es - wie allseits erwartet - zu einer weiteren Fraktionierung des Parlaments kommt. Dies wird ebenso der Fall sein, wenn das Freihandelsabkommen abgelehnt wird und nicht neu verhandelt werden kann bzw. sich keine realen Chancen bieten, die ungefähr 50% der Exporte Costa Ricas, die bisher in die US Agehen, auf anderen Märkten abzusetzen. Oder wenn es nicht gelingt, ausreichende Investitionen anzuziehen, um zumindest das derzeitige Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau zu halten bzw. im Wettbewerb mit den übrigen zentralamerikanischen Staaten zu bestehen, die heute geschlossen hinter dem wirtschafts- und geopolitischen Projekt der USA für die Region stehen.

Wo liegt also die Lösung des Problems? Offenbar führt ohne Sozialpakt kein Weg aus der Krise, aber dafür muss ein diesbezüglicher politischer Wille der Eliten vorhanden sein - und dies unabhängig vom derzeitigen Wahlkampf

und womöglich sogar seinen Ergebnissen zum Trotz. In einem Land wie Costa Rica, das seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1821 eine klare Tendenz zur friedlichen Konsensfindung bewiesen hat, sollte dies eigentlich nicht schwierig sein. Was auf den ersten Blick einfach erscheint, erweist sich faktisch jedoch als durchaus kompliziert, da die heimischen Eliten - von denen sich die mächtigsten internationalisiert haben und heute finanziell stark und praktisch unantastbar sind - auf die neuen Herausforderungen mit Egoismus und Arroganz reagieren. Der Verlust jener Sensibilität, die in Costa Rica in früheren Zeiten gewaltfreie Lösungen und eine moderate Politik ermöglichte, könnte sich nach den Wahlen im Februar 2006 weiter verschärfen, wenn diese nicht vollkommen sauber durchgeführt werden.

In Anspielung auf ihren Kandidaten Oscar Arias lautet einer der Wahlslogans der PLN «Das Schiff braucht einen Kapitän». Doch bleibt da die Frage: Wozu einen Kapitän, wenn das Schiff sowieso sinkt? Und was passiert, wenn man den falschen Kapitän anheuert, oder wenn sich der Kapitän betrinkt? Eines ist offensichtlich: Ein Schiff und ein Kapitän reichen nicht, denn ohne Besatzung fährt das Schiff nicht. Deshalb sollten sich die Wähler bei den kommenden Wahlen in Costa Rica versichern, dass der Kapitän nicht bei Allem allein das Sagen hat.

## SOCIALISMO Y PARTICIPACIÓN



Nº 100

Diciembre 2005

Lima

EDICIÓN ESPECIAL POR EL NÚMERO 100

TEXTOS DE: Hugo Neira, Daniel Martínez, José Rivero, Mirko Lauer, Héctor Béjar, Alberto Graña, Sonia Luz Carrillo, Javier Alcalde, Javier Tantaleán Arbulú, Heraclio Bonilla.

*Socialismo y Participación es una publicación trimestral del Centro de Estudios para el Desarrollo y la Participación (Cedep). Av. José Faustino Sánchez Carrión 790, Lima 17. Tel.: (511) 460-2855 / 463-0099. Fax: (511) 461-6446. E-mail: <cedep@cedepperu.org>. Página web: <www.cedepperu.org>.*